

Rezensionen

Johannes Jäger & Elisabeth Springler: *Ökonomie der internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. Wien: Mandelbaum 2012, 384 Seiten

Mit dem hier zu besprechenden Buch legt der Verlag den vierzehnten Band seiner Reihe *Gesellschaft – Entwicklung – Politik* vor. Wie gewohnt bietet dieser eine hervorragende, „kritische Einführung“ in den gewählten Gegenstandsbereich, hier die ökonomische Wissenschaft. Konkret geht es den VerfasserInnen um die Darstellung unterschiedlicher Sichtweisen auf wirtschaftliche Zusammenhänge im internationalen Kontext – Neoklassik, (Post-)Keynesianismus und kritische politische Ökonomie –, um so die Grundlage für differenzierte Analysen von Ökonomie und Wirtschaftspolitik zu liefern (7). Vor allem die konsequente Realisierung einer multiparadigmatischen Sichtweise zeichnet das Buch aus und hebt es positiv von gewöhnlichen Einführungen in die Volkswirtschaft ab.

Im ersten Kapitel diskutieren Johannes Jäger und Elisabeth Springler zunächst Begriff und Bedeutung unterschiedlicher wissenschaftlicher Paradigmen im ökonomischen Denken. Deren (Fort-) Existenz führen sie auf die historische Genese des ökonomischen Denkens zurück. Die von ihnen herausgearbeitete Linie verläuft dabei von der Formierung der klassischen politischen Ökonomie im Umfeld des englischen Frühkapitalismus über deren Kritik bei Karl Marx und die akademische Konterrevolution in Form der Neoklassik bis zu deren neuerlicher Infragestellung durch John Maynard

Keynes und seine SchülerInnen im Kontext der Weltwirtschaftskrise der 1920er und 1930er Jahre – und von dort aus weiter zu modernen Ausdifferenzierungen der grundlegenden Paradigmen, etwa in Form der neoliberalen Theorie, der Informations- und Verhaltensökonomie, des Postkeynesianismus und der Regulationsperspektive (15-26).

Im zweiten Kapitel liefern der Autor und die Autorin einen Überblick über die Fundamente der drei zentralen Paradigmen: Knappheits- und Grenznutzentheoreme, methodologischer Individualismus, Angebotssteuerung der Ökonomie, auf Gleichgewichtsanahmen gegründeter Marktoptimismus und Skepsis gegenüber Staatsinterventionen, positivistische Fundierung und Mathematisierung als Grundelemente der Neoklassik (37-53); Konzentration auf die effektive, makroökonomische Nachfrage, Unsicherheit und *'animal spirits'*, angenommene Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit, Ungleichgewichten und Krisen und daraus abgeleitete Notwendigkeit staatlicher Eingriffe als Ecksteine des (post-)keynesianischen Gegenentwurfs (54-68); und schließlich holistische und kritisch-emanzipatorische Analyse der kapitalistischen Produktionsweise auf Grundlage von Konzepten wie Klassen, Mehrwert und Ausbeutung als Kennzeichen der kritischen politischen Ökonomie (69-95).

Die Kapitel 3 bis 7 wenden sich zentralen Problembereichen ökonomischer Forschung zu: „Staat, Gesellschaft und Wirtschaft“, „Wachstum, Entwicklung und Krise“, „Ungleichheit und Verteilung“, „Geld und das Finanzsystem“ und schließlich „Die Geographie globaler

Ökonomie“. Dabei werden jeweils grundlegende Herangehensweisen, zentrale Konzepte und (wirtschafts-)politische Implikationen der drei Paradigmen vergleichend und kritisch diskutiert. Eine gute Ergänzung stellen die zahlreichen Vertiefungstexte dar. Diese werden von verschiedenen „GastautorInnen“ beigesteuert und widmen sich spezifischen Aspekten der diskutierten Themenbereiche, darunter z.B. „Gender und feministische Ökonomie“ (*Karin Schönplug*), „Klimawandel“ (*Markus Wissen*) und „Aufstieg der BRIC-Staaten im Weltsystem“ (*Stefan Schmalz*).

Als Beispiel sei hier das siebte Kapitel über global ungleiche Entwicklung herangezogen: Als Grundmerkmal neoklassischer Perspektiven identifizieren Jäger und Springler deren methodologischen Individualismus. Dieser kennzeichnet etwa die reale Außenwirtschaftstheorie im Anschluss an Ricardo, die von einer mittelfristigen Angleichung der Entwicklungsniveaus durch Freihandel ausgeht, oder modernisierungstheoretische Perspektiven in der Entwicklungsökonomie. Den neoklassischen Analysen zufolge sind ungehinderter Kapitalverkehr, Freihandel und Deregulierung wünschenswert, um eine globale Angleichung der Lebensbedingungen zu bewirken (334-341). Demgegenüber konstatieren die Autorin und der Autor für das (post-)keynesianische Paradigma eine Betonung der Persistenz räumlicher Ungleichgewichte und das daraus abgeleitete Postulat der Notwendigkeit von Staatsinterventionen. So münden keynesianische und affine strukturalistische Analysen in die Empfehlung von staatlichen Politiken zur Initiierung eines *big push* und zur Protektion einheimischer Industrien (342-353). Im Fall der politischen

Ökonomie heben Jäger und Springler das Postulat der konstitutiven geographischen Ungleichheit kapitalistischer Entwicklung hervor und stellen anschließend verschiedene Ansätze zu deren Analyse auf globaler (Imperialismustheorie, Weltsystemansatz, Neo-Gramscianismus), nationaler (dependenztheoretische Zugänge, Regulationstheorie) und lokaler Ebene (kritische Stadtgeographie) vor. Politisch bestehen diese auf der Notwendigkeit einer anderen Gestaltung der Produktionsweise zum Abbau geographischer Ungleichheiten (354-369).

Der wichtigste Beitrag des Bandes liegt zweifellos in seinem pluralistischen und dennoch kritischen Blick auf die Ökonomie und ihre Wissenschaft: Ausgehend von einer soliden Diskussion der neoklassischen Orthodxie arbeiten Jäger und Springler (post-)keynesianische Kritikpunkte und Alternativen und insbesondere fundamental divergierende Zugänge aus der in der akademischen Wirtschaftswissenschaft marginalisierten kritischen politischen Ökonomie in knapper und verständlicher Form auf. Dabei überzeugt das Buch auch in seinem didaktischen Ansatz, nämlich der relativ unvoreingenommenen Präsentation orthodoxer Perspektiven und ihrer anschließenden kritischen Kontextualisierung. Positiv hervorzuheben ist ferner die in allen Kapiteln unternommene Auseinandersetzung mit dem transnationalen Charakter der Ökonomie, also mit den ihr inhärenten hierarchischen Verflechtungen zwischen Nord und Süd und deren territorial differenzierten Auswirkungen, sowie mit den diesbezüglichen Analysepotenzialen der verschiedenen Perspektiven.

Bei allen Vorzügen ist der Band jedoch nicht ganz frei von Schwächen. Punktuell (insb. in Kap. 6) hätten die

vergleichend-kritischen Querverbindungen zwischen den unterschiedlichen Paradigmen konkreter ausgearbeitet werden können. Zudem sind an einigen Stellen (insb. in Kap. 3 und 4) die Überlegungen zum Nord-Süd-Verhältnis doch sehr kursorisch. Das wohl grundlegendste Problem ist aber eine gewisse – im Interesse der Übersichtlichkeit zugebenermaßen schwer vermeidbare – Oberflächlichkeit in der Präsentation der formalen Modelle neoklassischer und keynesianischer Perspektiven, die insbesondere ökonomisch nicht vorgebildeten LeserInnen Kopfzerbrechen bereiten kann.

Daher kann der Band herkömmliche Einführungsbücher vermutlich nicht ganz ersetzen – wohl aber hervorragend ergänzen. Denn angesichts der angesprochenen Stärken bleibt das Buch durch seine pluralistisch-kritische Ausrichtung sowie seine konzise, verständliche und didaktisch gut aufbereitete Argumentation eine sehr empfehlenswerte Lektüre für alle an ökonomischen Fragen Interessierte, insbesondere, aber nicht nur für Studierende.

Matthias Ebenau

Gerhard Klas: *Die Mikrofinanz-Industrie. Die große Illusion oder das Geschäft mit der Armut.* Berlin & Hamburg: Assoziation A 2011, 320 Seiten

Der Bereicherungstrieb des um den Globus jagenden Kapitals kennt keine Grenzen. In der gegenwärtigen, langanhaltenden Krise – von Hans Georg Roth die „lange Depression“ genannt – lassen sich die Halter von Wertpapieren, Obligationen und Eigentumstiteln, genannt Finanzkapital, mangels produktiver

Möglichkeiten im Zeichen der Überakkumulation bereits den gesellschaftlichen Reichtum der kommenden Generationen verpfänden. David Harvey hat die neo-liberalen Raubzüge durch Privatisierung von Staatsunternehmen und Banken, die in Mexiko bereits erfolgte und zur Zeit (Oktober 2012) von der indischen Regierung mit Hochdruck betriebene Umwandlung der sozialen Sicherungssysteme in Anlagesphären des Kapitals, die Arbeit der „Heuschrecken“ bei der Zergliederung von Unternehmen, die Vertreibung von bäuerlichen und indigenen Bevölkerungen bei der „Inwertsetzung“ von Land für „freie“ Industriezonen oder großflächigen Anbau von Soja für die Tiermästung treffend als „Akkumulation durch Enteignung“ gekennzeichnet. Diese Enteignungen treffen zum Teil auf erbitterten Widerstand breiter Bevölkerungsschichten, z.B. in Cochabamba (Bolivien) wo im Jahr 2000 im *guerra del agua* die Privatisierung der Wasserversorgung durch ein internationales Konsortium scheiterte, oder im indischen Bundesstaat West Bengal, wo die langjährige Vormachtstellung der *Communist Party of India – Marxist* (CPM) u.a. am Volkszorn über die Einrichtung von großzügigen „Industrieparks“ ein Ende fand. In Europa regt sich ebenfalls der Widerstand gegen die Rettung von Banken aus den Spekulationsblasen und gegen das Schuldenmanagement zur Sanierung der maroden Staatshaushalte durch Regierungen, die seit der neo-liberalen Wende das Kapital von Steuern befreiten, um sich dafür das Geld an den Kapitalmärkten zu leihen.

So scheint es denn für das Finanzkapital an der Zeit, in Bambushütten, unter Wellblechdächern und in den Verschlägen der Slums nach Gold zu

graben. So sieht es der internationale Finanzberater Hernando de Soto, 2005 zum UN-Berater des „Internationalen Jahrs des Mikrokredits“ ernannt, der mit seinem Konzept der „Marktwirtschaft von unten“ die von ihm auf 4.000 Milliarden US\$ geschätzten *Assets* der Slum-Bewohner und informellen Ökonomien der Megastädte des Südens „in Wert“ setzen möchte, in dem sie als Sicherheiten für Kredite dienen, mit denen die Massen der Armen durch unternehmerische Initiative sich selbst aus der Armut befreien sollen. De Soto ist, wie Gerhard Klas in der vorliegenden Publikation herausstellt, ein Geistesverwandter von Muhammad Yunus „Superstar“, dessen Grameen-Bank dem Konzept nach zunächst gerade nicht auf die Sicherheiten schießt, die die Armen verbergen, sondern durch Mikrokredite die Sparsamkeit und den Sparwillen der armen Leute „in Wert“ setzen möchte. Auch wenn Prof. Yunus aus einer begüterten Familie in Bangladesh stammt, in den USA Wirtschaftswissenschaft studiert und in Dhaka an der Universität unterrichtet hat, scheint er zu wissen, dass sich die armen Leute, besonders die Frauen und Mütter, immer noch etwas vom Munde absparen können. Und nichts anderes ist es, wie Klas zeigt, als ein Zwangssparen, was auf den Weg gebracht wird, wenn Kleinkredite in Höhe von 50 oder 100 US\$ vornehmlich an Frauen – in Bangladesch, Indien, Mexiko oder einem afrikanischen Land – in wöchentlichen Raten bei einem effektiven Zinssatz von 30 und mehr Prozent zurückgezahlt werden müssen. Es ist schon ein geniales Konzept, durch Schuldenmachen die Menschen aus ihrer Armut zu befreien, für das Prof. Yunus 2006 den Friedensnobelpreis entgegen

nehmen konnte und der die nobelsten Befürworter um sich schart, von Hilary Clinton, James Wolfensohn, Dirk Niebel oder Sophia, Königin von Spanien.

Kredithungrigen Kleinunternehmern, Kleinbauern oder Geschäftsgründerinnen, die auf Grund fehlender Sicherheiten keinen Zugang zu Banken haben, Kredite ohne diese Sicherheiten zur Verfügung stellen zu wollen, scheint eine lobenswerte Idee zu sein. Unklar ist aber schon, aus welchen Überschüssen der Miniunternehmen die hohen Zinsbelastungen und sonstigen Kreditkosten, die mit eben jenen fehlenden Sicherheiten und den für die Mikrofinanzinstitute (MFI) hohen Bearbeitungs- und Betreuungskosten begründet werden, getätigt werden können, zumal wenn in einem Dorf mit 500 Haushalten nicht zwei, sondern 50 oder 60 Haushalte mit diesen Krediten zu unternehmerischer Tätigkeit angeregt werden. Wie Klas wiederholt deutlich macht und gründlich belegt, dienen die von der Grameen-Bank und anderen MFI vergebenen Kredite nur in einer kleineren Zahl der Fälle tatsächlich der Geschäftsgründung, wovon nur etwa 10 Prozent dauerhaft erfolgreich zu sein scheinen. Wie Klas an einprägsamen Beispielen schildert, führen Kredite dort, wo sich Krankheit, Tod und Unglück überstürzen, ohne dass dies Auswirkung auf die Laufzeit hätte, in die Schuldenfalle, ziehen weitere Kredite zur Tilgung der vorgehenden nach sich, bis die Betroffenen in Ausweglosigkeit versinken. Die Haftung für die Kleinkredite durch Gruppen von Frauen, an die individuell Kredite vergeben ist, ist das Markenzeichen der Grameen-Bank, das von vielen MFI nachgeahmt wird. Der hier ausgeübte Zwang auf die kreditierten Frauen, verstärkt durch das männliche

Bankpersonal, führt in vielen dokumentierten Fällen dazu, dass den Säumigen die Möbel aus dem Haus getragen werden oder das Dach über dem Kopf demontiert wird. Die gewaltsame Zerlegung ganzer Häuser, mit deren Teilen fällige Raten bezahlt werden, hat in Bangladesch bereits einen Namen: *gharbanga*. Lamia Karim nennt die Mikrofinanz ein „Wirtschaftssystem der Beschämung“ (137). Skandalös ist auch, dass Hilfgelder für die durch den Zyklon *Sidr* 2007 obdachlos Gewordenen zur Zahlung fälliger Raten eingefordert wurden. „Wenn wir die Schulden jetzt streichen, dann wollen die Leute jedesmal die Schulden erlassen bekommen, wenn ein Haus gebrannt hat oder sonst was passiert ist“ (97), begründet Yunus diese Praxis. Klas zeigt am Beispiel des Ortes Jobra, wo Yunus seine Idee des Mikrokredits zum ersten Mal umgesetzt haben will, aber auch anhand weiterer Untersuchungen, dass der überwiegenden Zahl der Klientinnen des Professors kaum etwas in den Händen geblieben ist.

Die bei der Grammen-Bank angestellten Kreditbetreuer stehen selbst unter unerbittlichen Erfolgsdruck, Kredite zu vermitteln und für ihre Rückzahlung einzustehen. Wie die alltägliche Sorge ums Überleben in Unbeständigkeit Frauen zu den vor allen ihnen angebotenen Krediten greifen lässt, die nur zu bald in den Händen ihrer Männer landen, so lastet auch auf den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Mikrofinanzinstitute die Sorge um ihren Arbeitsplatz, für den schon andere qualifizierte Arbeitssuchende bereitstehen, die sich für Prof. Yunus und seine Idee bewähren wollen.

Große Teile des Buches von Klas sind den Praktiken der MFI, die sich in den verschiedenen Weltregionen stark

ähneln, gewidmet, Kleinkredite unter das Volk zu bringen und gleichzeitig die behauptete Quote von mehr als 90 Prozent der Kundinnen zu erreichen, die die Kredite bedienen. Auf Grund seiner Recherchen und Interviews mit Betroffenen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Forscherinnen und Forschern unterschiedlicher Institutionen bezweifelt Klas diese Zahlen und versucht die Schutzwälle, mit der die MIT ihre Praktiken umgeben, zu überwinden und den ideologischen Nebel zu lichten, der von Wissenschaft, Wirtschaftsinstitutionen, z.B. der Weltbank oder der Deutschen Bank, und der Politik, etwa in Verlautbarungen der Bundesregierung, um den angeblichen Erfolg der Mikrokredite als dem Königsweg erzeugt wird, auf dem die Armen in Dhaka, Hyderabad oder auf den Feldern von Andhra Pradesh aus ihrer Misere geführt werden könnten. Im Mittelpunkt der Aufklärungsarbeit von Gerhard Klas steht dabei Muhammad Yunus, der anscheinend unberührt von aller Kritik mit seiner Idee vom „Social Business“ neue Beifallsstürme auf noblen Kongressen auslöst.

Die Rückzahlungsquote ist selbstverständlich das A und O der Mikrofinanzindustrie, die neben den internationalen Anlagefonds auch durch Entwicklungsgelder, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Bank finanziert wird. Auf ihr beruht der Erfolg von Börsengängen, etwa der indischen MFI SKS 2010 oder der mexikanischen MFI Comportamos2007. Zugleich setzen hier die Skandalisierungen an. So wurden die von indischen MFI, hinter denen das volatile Finanzkapital, aber auch die ökumenische Genossenschaft Oikokredit steht, an kleinbäuerliche Haushalte vergebenen Kleinkredite mit den Suizidwellen unter

indischen Kleinbauern in Zusammenhang gebracht, die besonders ausgeprägt die Baumwollanbauggebiete in Andhra Pradesh wiederholt „heimsuchten“. Auf die Suizidzyklen, die auch in anderen ländlichen Regionen Indiens zu beobachten sind, wurde die Öffentlichkeit nach der Öffnung des Landes zum Weltmarkt und dem Beginn des Abbaus der staatlichen Schutzprogramme für die Landwirtschaft seit etwa 1994 aufmerksam. Neben den traditionellen Geldverleihern haben die Agrarpakete von Monsanto, dessen gentechnische veränderte Baumwollpflanze Bollgard dem amerikanischen Bohrwurm den Garaus machen sollte, und nun auch die MFI die hoch verschuldeten Kleinbauern im Zangengriff. Da bleibt es nicht aus, dass mancher Bauer angesichts einer schlechten Ernte in seinen trockenen Brunnen springt oder einen Schluck aus der Pestizidflasche nimmt, das gegen den Bohrwurm nur von zweifelhaftem Erfolg war.

Der hier besprochene Band bietet einen gut recherchierten, differenziert argumentierenden Journalismus, der alle Seiten zu Wort kommen lässt. Der Autor setzt damit seine Publikationen zur Lage der indischen Bauern und seine öffentliche Kritik an Yunus und der Grameen-Bank fort und vertieft sie. Sein Buch bietet reiches Material zur Frage der „Inklusion“ der Marginalisierten in die globalen Geld- und Warenströme. Deutet vieles darauf hin, dass breite marginalisierte Bevölkerungsschichten auf längere Sicht für die Verwertungsprozesse des globalen Kapitals überflüssig sind, so scheinen sich kurzfristig lukrative Möglichkeiten aufzutun, sie in die wunderbare Geldvermehrung einzubeziehen, die auch von Börsen gewürdigt wird.

Hanns Wienold

Immanuel Wallerstein: *Der Siegeszug des Liberalismus (1789-1914). Das moderne Weltsystem IV.* Wien: Promedia 2012, 416 Seiten

In der Französischen Revolution liegt für den Autor des vorliegenden Bandes der Ursprung aller zentralen Merkmale der kapitalistischen Weltwirtschaft des („langen“) 19. Jahrhunderts. Sie brachte die drei Hauptideologien des modernen Weltsystems – Konservatismus, Liberalismus und Radikalismus – hervor und war u.a. auch dafür ursächlich, dass es dem Liberalismus in seiner „zentristischen“ Form gelang, die anderen beiden zu zähmen und „praktisch in Ausdrucksformen des Liberalismus“ (321) zu verwandeln. Sie brachte des Weiteren „in den Kernzonen der Weltwirtschaft den liberalen Staat hervor. Sie brachte antisystemische Bewegungen hervor, die alsbald eingedämmt wurden. Und sie brachte einen ganzen neuen Bereich des Wissens hervor: die historischen Sozialwissenschaften“ (257). All dies zusammen führte dazu, dass der zentristische Liberalismus zur Grundlage einer „Geokultur des Weltsystems“ (ebd.) wurde. Der Aufbau des Buches folgt den hiermit festgelegten Grundlinien. Im ersten Kapitel geht es um den Liberalismus als Ideologie, im zweiten und dritten um den liberalen Staat, im vierten um die wichtigsten antisystemischen Bewegungen und ihre Zähmung durch die Idee der Staatsbürgerschaft, im fünften um den „Liberalismus als Sozialwissenschaft“.

Entscheidend für den Liberalismus als Ideologie ist der Glaube, dass Fortschritt zwar unvermeidlich sei, dass er aber „nicht ohne menschliches Zutun und ohne ein politisches Programm

herbeigeführt werden könne“ (20). *Laissez faire, laissez aller* war insofern trotz aller Lippenbekenntnisse niemals wirklich die Grundüberzeugung der liberalen Ideologie. Reformen waren immer Teil ihres Programms; zu deren Verwirklichung setzte sie auch stets auf den Staat. „Liberalismus war immer die Ideologie eines starken Staates im Schafspelz des Individualismus, oder genauer gesagt die Ideologie eines starken Staats als einzig möglichem Garant des Individualismus.“ (24) In dieser Zwiespältigkeit seiner Haltung gegenüber dem Staat unterschied er sich im Übrigen nicht von seinen Kontrahenten Konservatismus und Radikalismus – alle drei Ideologien stellten sich zwar explizit auf die Seite des Individuums/der Gemeinschaft/des Volkes *gegen* den Staat, aber jede benötigte dringend „die Dienste des Staates, um ihr jeweiliges Programm durchzusetzen“ (28). Zudem setzten auch Konservatismus und Radikalismus in unterschiedlichem, aber stets wachsendem Maß auf Fortschritt und auf Reformen, was Immanuel Wallerstein veranlasst, in ihnen am Ende nur noch „Spielart(en) des Liberalismus“ (34) zu sehen.

Der Aufbau des liberalen Staates ist für Wallerstein Folge eines in den Jahren nach 1815 eingegangenen, stillschweigenden, aber tiefgehenden Bündnisses zwischen Großbritannien und Frankreich. Die entscheidenden Etappen in diesem Prozess waren die (den Interessen Großbritanniens sehr entgegenkommende) Revolution von 1830 in Frankreich, der Staatsstreich von Louis Bonaparte, der alle 1848 vorgenommenen Korrekturen an dem liberalen Staatsmodell rückgängig machte, und schließlich das Chevalier-Cobden-Abkommen von 1860, durch das nahezu vollständige

Zollfreiheit zwischen Großbritannien und Frankreich hergestellt wurde. Seit 1830-1832 bildeten Großbritannien und Frankreich (zusammen mit Belgien) das „wirtschaftliche und kulturelle Zentrum des Weltsystems“ (95). Dies war jedoch „nur zum Teil Ausdruck ihrer jeweiligen industriellen Stärke. Es war zu einem wesentlichen Teil auch Ausdruck ihrer Möglichkeiten, die Löhne niedrig zu halten, eine konstante Versorgung mit Importen sicherzustellen und hinreichend Zugang zu Absatzmärkten für ihre Produktion zu haben“ (54). Es war, mit anderen Worten, zu großen Teilen der Stärke ihrer Staaten geschuldet. Der liberale Staat war einer, der bei möglichst weitgehender Wahrung der Handelsfreiheit dafür sorgte, dass all dies gewährleistet war. Für die internationalen Beziehungen galt dabei „das Prinzip der informellen Kontrolle, wo dies möglich war, der formellen Kontrolle“ (sprich: der Kolonialherrschaft), „wo dies nötig war“ (145) – einer der ganz seltenen Hinweise in diesem Band auf die koloniale Expansion Großbritanniens und Frankreichs im 19. Jahrhundert. Im Verhältnis zur Lohnarbeiterschaft wurde man sich spätestens im Gefolge der Chartistenbewegung in Großbritannien und der 1848er Revolution in Frankreich bewusst, dass nur ein Mix aus Repression und Sozialreform durch einen starken Staat „vor dem Sturm der Unzufriedenheit der Arbeiterklasse schützen konnte“ (136).

Das Verhältnis des liberalen Staates zur Arbeiterklasse wird vor allem in dem Kapitel über die „antysystemischen“ Bewegungen thematisiert. Der entscheidende Schritt war hier der von Napoleon III. wie von den britischen Konservativen eingeleitete Übergang zu einer Strategie, die darauf abzielte, „die

Arbeiter zu Staatsbürgern zu machen“ (200). Dies war zwar keineswegs das einzige Ziel der Proteste der Unterschichten gewesen. „Mehr sollten sie jedoch nicht erreichen, und die liberale Mitte ... wie die aufgeklärten Konservativen ... versuchten, sie davon zu überzeugen, dass das alles war, was sie brauchten und wollten“ (ebd.). Die Strategie führte tatsächlich zu den gewünschten Ergebnissen – dem Erhalt des Systems und der „Mäßigung“ der Rhetorik der Arbeiterklasse. Da diese Prozesse weltweit in ziemlich ähnlicher Form abliefen, erscheinen sie in Wallersteins Augen als „mehr oder weniger unvermeidlich“ (203) und keinesfalls aus irgendwelchen Fehleinschätzungen, falschem Bewusstsein oder Sonderinteressen einer Arbeiteraristokratie u.ä. erklärbar.

Die beiden anderen „antysystemischen“ Bewegungen, auf die Wallerstein eingeht, waren die der Frauen und die der (Ex-)Sklaven/Afro-Amerikaner. Vorab hält er fest, dass alle drei „einander fast nie kreuzten, und kaum jemals zusammenarbeiteten“ (217), einander oft genug sogar bekämpften. Eines der zentralen Instrumente, das zur „Mäßigung“ der feministischen Bewegung führen sollte, war wie gegenüber der Arbeiterklasse die Staatsbürgerschaft. „Das Streben nach politischer Integration in den Staat wurde praktisch zum einzigen Anliegen einer Bewegung, die sich ‘vor allem aus der Mittelschicht zusammensetzte’“ – nach dem Motto „erst das Wahlrecht, dann alles andere“ (234). Das zweite, mit dem ersten eng verbundene Element war die für die liberale Ideologie grundlegende Unterscheidung zwischen öffentlicher und privater Sphäre, durch die Männern und Frauen unterschiedliche persönliche Eigenschaften und

soziale Rollen zugeschrieben wurden (231). Die Abschaffung der Sklaverei schließlich „bedeutete natürlich die formelle Anerkennung der ehemaligen Sklaven als Staatsbürger“ (241). De facto aber unterschied man nun zwischen „zwei Kategorien von Staatsbürgern“ (ebd.); die Ex-Sklaven waren dabei von vornherein Staatsbürger zweiter Klasse, was für ihren Kampf über Jahrzehnte hinweg bestimmend bleiben sollte.

Im letzten Kapitel sucht Wallerstein zu zeigen, dass der Liberalismus neben allem Genannten auch einen „neuen Bereich des Wissens“ (257) hervorgebracht und nach seinem Bilde gestaltet hat, die historischen Sozialwissenschaften. Neue Wissenschaften wurden in den universitären Strukturen verankert, und sie alle wiesen von Beginn an die Geburtsmale des zentristischen Liberalismus auf. Als erste die Geschichtswissenschaft – im 19. Jahrhundert wurde „das Niederschreiben von Geschichte ... erstmals eine ‘nationale’ Religion“ (279). Der liberale Staat war notwendig Nationalstaat. Folgerichtig befassten sich die universitären Historiker in Deutschland wie in Frankreich und in Großbritannien vorrangig mit der Konstruktion einer – deutschen, französischen, britischen – Nation. In den Wirtschaftswissenschaften setzte sich spätestens mit Alfred Marshall eine Tendenz zu „Professionalisierung“ und „Objektivität“ durch, welche gleichgesetzt wurden mit Verzicht auf offene Parteinahme im politischen Streit. Dies führte de facto generell zur Einnahme einer Mittelposition zwischen den Extremen von links und rechts: zum zentristischen Liberalismus. Exakt dieselbe Position habe sich in der Soziologie mit Max Weber¹ und Émile Durkheim durchgesetzt, in der Politologie mit Émile Boutmy und John Burgess, in der

Ethnologie mit Edward Taylor und in der Orientalistik mit James Mill.

Der Rezensent hat sich seit mehr als dreißig Jahren in einer Vielzahl von Publikationen als Kritiker wie als Gefolgsmann mit Wallerstein auseinandergesetzt. Der vorliegende Band aber hinterlässt ihn ratlos. Das Kernstück sind fraglos die beiden Kapitel zu Auf- und Ausbau des liberalen Staates zwischen 1815 und 1875. Sie gefallen durch zahlreiche provokante, unorthodoxe, teilweise auch paradoxe Formulierungen. Etwa die, dass der ökonomische Vorsprung Großbritanniens gegenüber Frankreich nicht auf moderneren Wirtschaftsstrukturen, sondern auf der größeren Stärke des britischen Staats beruhte (11). Oder die, dass die Abschaffung der *Corn Laws* in Großbritannien nicht einen Wechsel zum *laissez faire* bedeutete, sondern eine Verschiebung „von staatlichen Eingriffen im Handel zu staatlichen Eingriffen in der Industrie“ (123). Das ist spannende, sozialwissenschaftlich orientierte Geschichtsschreibung mit wertvollen Erkenntnissen – vor allem bezüglich der Stärke des liberalen Staates. Eines aber ist es nicht: eine Analyse des „modernen Weltsystems“ des 19. Jahrhunderts. Dabei handelt es sich ausdrücklich um Band IV des 1974 mit einem Buch zum „langen 16. Jahrhundert“ begonnenen Mammutwerkes zur Entwicklung des „modernen Weltsystems“. 1974 hatte Wallerstein noch unzweideutig und mit besten Argumenten verkündet: „So etwas wie ‘nationale Entwicklung’ gibt es nicht“; die einzig „angemessene Analyseinheit“ für die Sozialwissenschaften sei „das *Welt-system*“; und die Modernisierungstheorie sei deshalb unbrauchbar, weil sie „Entwicklung innerhalb von ‘Non-Systems’ wie ‘Staaten’ oder ‘Kulturen’ erklärte“

(Wallerstein, Immanuel [1974]: „The Rise and Future Demise of the World Capitalist System“. In: *Comparative Studies in Society and History*. Bd. 16, Nr. 4, S. 387ff). Im vorliegenden Band beschreibt er dagegen so gut wie ausschließlich die Geschichte des Liberalismus und des liberalen Staates in Großbritannien und Frankreich – mit gelegentlichen kurzen Ausflügen nach Deutschland und USA, ganz sporadischen, nur wenige Zeilen umfassenden Anmerkungen zu Indien, Afrika und Lateinamerika sowie völligem Schweigen zu Russland und dem Osmanischen Reich (die er ebenso wie die vorgenannten dem modernen Weltsystem zurechnet – vgl. 320) wie auch zu China und Japan. Von einem Surplustransfer aus den Peripherien in die Metropolen, der für Wallerstein 1974 noch die wichtigste Grundlage für die Dynamik des kapitalistischen Weltsystems dargestellt hatte, ist nun nirgendwo mehr die Rede, ohne dass dies in irgendeiner Weise begründet würde. Nur im Klappentext gibt es eine lahme Ausrede: Wallerstein habe sich mit diesem Band auf die Kultur konzentriert, um jenen Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, die ihm ökonomischen Determinismus vorgeworfen hätten. Aber man kann den ökonomischen Determinismus doch nicht dadurch überwinden, dass man die Ökonomie einfach ignoriert. Genau dies tut der Autor jedoch – zumindest was das kapitalistische Weltsystem angeht: Bezüglich Frankreichs und Großbritanniens spricht er wohl von deren wirtschaftlicher Überlegenheit; dass diese etwas mit der Struktur des kapitalistischen Weltsystems zu tun haben könnte, wird jedoch allenfalls in Halbsätzen angedeutet.

Bleiben wir aber bei der Kultur. Wallersteins zentrale These ist hier, wie

erinnerlich, dass der von Großbritannien und Frankreich gemeinsam entwickelte zentristische Liberalismus zur Grundlage einer das gesamte Weltsystem dominierenden „Geokultur“ wurde. Belege dafür bietet er aber allenfalls für Bismarcks Deutschland und die USA nach dem Bürgerkrieg, am Rande auch für Italien und Belgien – und dies nicht ohne Grund: Für das Osmanische Reich, das zaristische Russland, die europäischen Kolonien und Halbkolonien in Afrika, Indien und Lateinamerika würde die These überhaupt keinen Sinn ergeben. Zudem bleibt auch hier, dass er die Ursachen für den Aufstieg des zentristischen Liberalismus ausschließlich in internen Entwicklungen innerhalb Westeuropas – genauer gesagt: der *Entente Cordiale* zwischen Großbritannien und Frankreich – verortet. Er registriert weder Anstöße von noch Wechselbeziehungen mit den peripheren Regionen des damaligen Weltsystems. Eine „verwobene Moderne“, wie sie Autoren aus dem „postkolonialen“ Lager postulieren (durchaus in Anknüpfung an den frühen Wallerstein), kommt nicht ins Visier. Es geht hier nicht in erster Linie darum, dass zahllose kulturelle Gepflogenheiten in den Metropolen ohne „Kolonialwaren“ nicht denkbar wären (*Teatime* in England ohne Tee aus Indien und Zucker aus der Karibik). Weit wichtiger ist, dass auch für die liberale Ideologie so entscheidende Konzepte wie die des „Fortschritts“, der „Rationalität“ und der „Demokratie“ im Westen offenbar nicht anders als in Absetzung von einem, dem kolonialen Anderen zugeschriebenen Gegenbegriff – der „orientalischen Despotie“, der „asiatischen Stagnation“, der Irrationalität der mythischen Weltbilder – gedacht werden konnten und gedacht wurden.

All dies interessiert Wallerstein in dem vorliegenden Band nicht. Den Gedanken des „Weltsystems“, der allumfassenden globalen Wechselwirkungen, nimmt er nicht einmal in seiner Analyse der „Geokultur“ auf – in meinen Augen ein Rückfall in die Zeiten, in denen die Modernisierungstheorie die Sozialwissenschaften dominierte, Zeiten, die ich durch den ersten Band von „Das moderne Weltsystem“ endgültig überwunden glaubte.

Gerhard Hauck

Anmerkung

- 1 Bei Weber liegt Wallerstein hier völlig daneben. Vgl. z.B. „... die ‘mittlere Linie’ ist um *kein Haar* breit mehr wissenschaftliche Wahrheit als die extremsten Parteiideale von rechts oder links“ (Max Weber: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen 1951).

Fernand Kreff, Eva-Maria Knoll, André Gingrich (Hg.): *Lexikon der Globalisierung*. Bielefeld: transcript 2011, 527 Seiten

Lexika zu sozialwissenschaftlichen Begriffen gibt es zahlreiche, auch solche zu Fragen der Globalisierung sind bereits erschienen. Wenn ein neues hinzu kommt, stellt sich die Frage nach dem spezifischen Beitrag oder im neueren Bürokraten- und Marketingdeutsch dem „Alleinstellungsmerkmal“. Im hier vorliegenden Fall einer von Wien ausgehenden und dann vor allem auch in Bielefeld aufgenommenen Gemeinschaftsproduktion – unter Einbeziehung einer Vielzahl teils renommierter Autorinnen und Autoren – fallen in dieser Hinsicht zwei Charakteristika sogleich in den Blick: Zum einen handelt es sich um ein dezidiert „ethnologisches“ oder

auch „anthropologisches“ Unternehmen, freilich unter Einbeziehung zahlreicher anderer Sozial- und Kulturwissenschaften. Dazu heißt es in der Einleitung: „Durch seine (sic) grundsätzliche Orientierung auf Begegnungen zwischen den Kulturen und seine (sic) seit langem etablierte Ausrichtung auf die Verbindung von Mikro- und Makro-Zusammenhang war die Sozial- und Kulturanthropologie wohl von vorneherein besser vorbereitet auf die neuen Probleme der aktuellen Globalisierung“ (18). Dies mag in einigen Fällen durchaus zutreffen. Ein kritischerer Blick hätte sich jedoch an die Funktion des Faches als koloniale Hilfswissenschaft – auch in Gestalt von Koryphäen wie Bronislaw Malinowski – erinnert; auch dies steht ja in einer globalen Perspektive. Wissenschaftssystematisch überzeugen kann diese knappe Einlassung jedenfalls nicht, und die durch den Titel geweckten Erwartungen scheinen mir allemal breiter gespannt. Zweitens bietet das Lexikon zwei Formate von Einträgen: Neben kürzeren Artikeln stehen längere, die neben einer Kurzdefinition dreifach in „Begriffsgeschichte“, „Diskussion“ und „Beobachtungen aus der Praxis“ gegliedert sind, wobei gerade letzteres laut Einleitung den Zusammenhang mit dem „Lebensalltag von Menschen dieser globalisierten Welt“ (19) herstellen soll.

Dieser Aufbau der Hauptartikel ist sicherlich nicht ohne Reiz und viel versprechend. Leider werden die Erwartungen längst nicht in allen Fällen eingelöst. Insbesondere scheint völlig unklar zu sein, was denn unter „Begriffsgeschichte“ zu verstehen sei, obwohl dies im deutschen Sprachraum ein wohl definiertes und hoch organisiertes Forschungsfeld ist. Bei weitem nicht durchgängig werden Leserinnen und Leser

in den Einträgen etwa mit Etymologie behelligt. Allzu oft gerät die „Begriffs-“ zur *Problemgeschichte*. Der Artikel „Grenze“ andererseits erwähnt zwar die Entlehnung vom slawischen *granica*, schert sich aber wenig um Verlagerung von Grenzsäumen auf lineare Grenzen, die als Signum der Moderne breit diskutiert werden. Solche Engführungen mögen wiederum mit der disziplinären Ausrichtung zu tun haben (der hier nicht erwähnte Fredrik Barth stünde allerdings dagegen). Der „Lebensalltag“ wiederum erscheint gerade für ein anthropologisch orientiertes Lexikon doch recht unbestimmt. Handelt es sich um den eines deutschsprachigen Publikums oder um alle möglichen so zu bezeichnenden Erfahrungszusammenhänge einer globalisierten Welt? Letzteres scheint in vielen Fällen zuzutreffen, wo Autorinnen und Autoren instruktiv und knapp über ihre Forschungsgebiete berichten. Gelegentlich rieb ich mir freilich verdutzt die Augen: Was hat das sicher spannende Beispiel des religiösen „Synkretismus“ in Tibet abgesehen von den sehr kurz angesprochenen „New Age“-Bezügen mit der aktuellen Globalisierung zu tun? Da gibt es überzeugendere Beispiele zuhauf. Und genau in welcher Beziehung steht das unter „Imperium“ angesprochene *Empire* von Hardt und Negri zu wessen „Lebensalltag“?

Schließlich: Die Zusammenstellung der Lemmata ist ein schwieriges Unterfangen für alle, die ein Lexikon konzipieren, und unterliegt prinzipiell ihrer Souveränität, aber auch ihrer Verantwortung. In diesem „Lexikon der Globalisierung“ (Hv.: RK) suche ich vergeblich die Stichworte „Finanzen“, „Imperialismus“ (was mit „Imperium“ keineswegs abzudecken ist) „Information“ (oder

jegliche Derivate und Komposita) oder „Mikroelektronik“. Auch hierzu wären zumindest einige klärende Worte am Platz gewesen.

Diese Kritikpunkte sollen keineswegs in Abrede stellen, dass das Blättern und Schmökern in diesem Buch Spaß macht, oft zum Weiterlesen einlädt und Perspektiven eröffnet. Doch ein „Lexikon“ zu einem breit diskutierten Problembe- reich, auf diesen zudem noch mit dem bestimmten Artikel bezogen, erhebt andere Ansprüche, und diesen wird dieser dicke Band leider nicht gerecht.

Reinhart Kößler

Anne Huffs Schmid, Wolf-Dieter Vogel, Nana Heidhues, Michael Krämer, Christiane Schulte (Hg.): *NarcoZones. Entgrenzte Märkte und Gewalt in Lateinamerika*. Berlin & Hamburg: Assoziation A 2012, 268 Seiten

Mit „NarcoZones“ bezeichnen die Herausgeber jene gesellschaftlichen Räume in Mexiko, Guatemala, Kolumbien und anderen Staaten Lateinamerikas, die von kriminellen Gruppierungen durchdrungen sind und in denen sich mafiose Netzwerke zwischen organisiertem Verbrechen, Polizei, Militär und Justiz, lokalen Kaziken und politischen Institutionen, Schattenökonomie und formellen ökonomischen Sektoren herausgebildet haben. Diese NarcoZones bieten gesellschaftlich abgesicherte, straffreie Räume für die illegalen Operationen der mafiosen Akteure. Damit wird die von ihnen durchdrungene Gesellschaft Teil der organisierten Kriminalität. Ins Zentrum dieser Räume stellt der Sammelband die so genannten Drogenkartelle, die die Produktion der Rohstoffe wie Koka, Marihuana, Schlafmohn

und ihre Weiterverarbeitung zu Opium, Morphium oder Heroin, aber auch die Produktion synthetischer Rauschmittel kontrollieren. Die Kartelle besorgen den Transport, die Zwischenlagerung und schließlich den Verkauf der Drogen in die USA oder nach Europa. Die von ihnen beherrschten Räume gewinnen besonders dort schärfere territoriale Konturen, wo es um die Kontrolle der Rohstoffproduktion, der Orte der Weiterverarbeitung und der Verbindungswege geht. Wie in mehreren Beiträgen des Buches herausgestellt wird, haben die Kartelle ihre ökonomischen und strategischen Operationen längst diversifiziert. Nach *Edgardo Buscaglia* stammen etwa nur noch knapp 50 % der Einnahmen der mexikanischen Drogenmafia aus dem Geschäft mit illegalen Rauschmitteln. Die klassischen kriminellen Aktivitäten umfassen Auftragsmorde, Waffen- und Menschenhandel oder die Verschleppung und Erpressung von Frauen und Männern, die aus Lateinamerika durch Mexiko in die USA migrieren wollen: ein lukratives Geschäft, dem bereits Hunderttausende zum Opfer gefallen sein sollen. Zunehmend drängen die Kartelle jedoch auch in die formelle Ökonomie, in das Transport- und Bauwesen, in den Agrarsektor, in die Tourismusindustrie und schließlich in Beteiligungen an europäischen Unternehmen, wie etwa Supermärkten und Transportunternehmen. Denn sie suchen Räume in den europäischen Rechtsstaaten, wo sie vor Enteignung sicher sind. Hier, so eine der zentralen Schlussfolgerungen des Buches, liegt auch eine wesentliche Verantwortung der europäischen Staaten, die dem Kampf gegen die Bildung mafiosen Eigentums und der Austrocknung der mafiosen Geldströme zu wenig Aufmerksamkeit widmen.

Neben Verflechtungen der NarcoZones mit dem „kapitalistischen System“ gehen die Beiträge des Bandes auch Phänomenen einer eigenen „Narcokultur“ nach, die sich in einem von Massakern und scheinbar wahllosen Tötungen an Unbeteiligten durchzogenen Alltag ausbreitet, in der an manchen Orten die Präsenz von Killern und gewaltbereiten, staatlichen und privaten „Sicherheitskräften“ das öffentliche und private Leben komplett in ihren Bann schlägt. Der Beitrag von *Lourdes Cárdenas* führt in die von Gewalt besonders in Form von *feminicidios* betroffene Doppelstadt Ciudad Juárez/El Paso, in der zwischen 2008 und 2011 rund 250.000 Personen über den Rio Grande vom Süden in den Norden flüchteten. Die Aufzeichnungen von *Rossana Reguillo* über ihr Gespräch mit Beto, einem sechszehnjährigen Mörder aus Michoacán – „achtzehn Morde, einige Verstümmelungen, eine zerstörte Zukunft“ – treiben der Leserin/dem Leser wahrlich die Tränen in die Augen. *Anne Huffschmid* reflektiert, wie die Bilder des Terrors in der mexikanischen Öffentlichkeit zirkulieren: in der künstlerischen Sichtbarmachung der *desparecidos* und *victimias* und in einer von den *Narcos* betriebenen „exzessiven Bildpolitik“, die die Öffentlichkeit mit der Präsentation von abgeschlagenen Köpfen – allein nach Schätzungen sechshundert im Jahr 2011 – in eine „Schockstarre“ (so *Wolf-Dieter Vogel* in seinem Beitrag über soziale Gegenbewegungen) zu versetzen scheint. Sowohl Huffschmid wie Vogel beschäftigen sich mit den Versuchen von Einzelnen oder Gruppen, die Lähmungen angesichts der Todesbotschaften öffentlich zu überwinden. Beispiele hierfür sind der von der Befreiungstheologie angeleitete

Dichter Juan Francisco Sicilia, der 2011 einen Aufsehen erregenden Schweigemarsch von Oaxaca nach Mexiko anführte, oder die Herberge des Pfarrers Alejandro Solalinde in Ixtepec, die Migrierenden auf der Süd-Nord-Route Unterstützung anbietet. (Solalinde sah sich nach zunehmender Bedrohung seines Lebens durch die Zetas (s.u.) im Jahr 2012 gezwungen, sich aus der exponierten Arbeit an einer Bahnstation des „La Bestia“ genannten Güterzuges zurückzuziehen, auf dem viele mittellose Migrierende ihr Leben riskieren.) Vogel berichtet auch von der Arbeit der Angehörigen der Opfer und dem Widerstand der indigenen Gemeinde Cherán in Michoacán. *Valentin Schönherr* geht den Niederschlägen der Drogenkonflikte und Bandenkriege in der erzählenden Literatur nach, die nach der *Literatura del Norte*, der *Literatura de la Frontera*, nun eine *Narcoliteratura* geschaffen habe.

Eröffnet wird der Band durch ein Interview, das Vogel mit Buscaglia führte. Es erläutert die Organisationsstrukturen der Kartelle, ihr Wirtschaftsgebaren, ihre Strategien zur Sicherung des illegal erworbenen Vermögens und ihren Kampf um die Kontrolle des lokalen Staates. Buscaglia geht der Fragmentierung des mexikanischen Staates nach, die, nachdem die PRI 1991 die politische Macht im Zentrum des Staates abgeben musste, dem Aufstieg einer Vielzahl von konkurrierenden Kartellen, welche nun das Staatsgebiet mehr oder weniger unter sich aufgeteilt haben, den Weg öffnete. *José Reveles* zeichnet die Genealogie der mexikanischen Kartelle nach und verortet die Entgrenzung der Gewalt nach 2006 in Präsident Calderons Krieg gegen die „narcos“. Während dieser glaubte, „im Auftrag Gottes“ zu handeln, betreiben

die US-Geheimdienste und Militärs auf mexikanischem Boden eine vorverlegte Drogenbekämpfung. Wie Reveles und Buscaglia verweist auch *Paco Ignacio Taibo II* in seinem kurzen Artikel auf den Zusammenhang von Staatszerfall und Gewalteskalation. Der Versuch des Präsidenten Calderon, die Kartelle mit militärischer Gewalt niederzuringen, hat in sechs Jahren schätzungsweise mehr als 50.000 Tote gekostet, während zugleich große Teile des Sicherheitsapparates und des Geheimdienstes mit den Drogengeldern „gekapert“ wurden. Taibo II macht besonders auf die zunehmende Beteiligung US-amerikanischer Kräfte am Krieg gegen die Narcos auf mexikanischem Boden aufmerksam.

Die von den USA angeleiteten militärischen Strategien der Drogenbekämpfung ziehen, wie *César Osorio Sanchez* in seinem Beitrag über Kolumbien ausführt, eine Eskalation der Gewalt, Bruch des Rechtsstaates, Sondergesetze und eine wachsende Beteiligung der mafiosen Akteure an politischen Institutionen nach sich. Sanchez zeigt, wie sich die kolumbianischen Paramilitärs nach ihrer „Demobilisierung“ zu neuen Verbänden organisieren, mit Hilfe der staatlichen Administration Ländereien erwerben und das durch Vertreibung angeeignete Land legalisieren. Ergänzt wird diese Darstellung durch Kolumnen des kolumbianischen Journalisten *Alfredo Molano Bravo*, die ein Licht auf die Strategien der Vertreibung, die Etablierung von Palmölplantagen mit Hilfe der Paramilitärs und die Unterwerfung der verbliebenen Kleinbauern unter das Diktat der Plantagen werfen. Auch die Ausführungen von *Robert Lessmann* zur Drogenpolitik und zum „war of drugs“ in den Andenstaaten Bolivien, Peru und

Kolumbien verweisen auf die USA als treibender Kraft in der Militarisierung der Konflikte.

Jesús Cantú und *Mariana Franco* zeichnen die Genese der Zetas aus einer aus Spezialeinheiten des mexikanischen Militärs, guatemalteckischer Elitesoldaten, aber auch Ex-Militärs aus Kolumbien gebildeten „Truppe“, die zunächst im Dienst des Sinaloa-Kartells, des bis dahin mächtigsten in Mexiko, stand, sich dann unabhängig machte und mit beispielloser Gewalt eigene *NarcoZones* im Süden des Landes schuf. Im Jahr 2010 sollen die Zetas für die Entführung und Versklavung oder Ermordung von 11.000 Wanderarbeitern und Wanderarbeiterinnen verantwortlich gewesen sein. Cantú & Franco stellen u.a. die *Narcomensajes* heraus, Botschaften, die die Zetas per Plakaten oder an Brücken aufgehängten Stofftüchern verbreiten, aber auch in Form von auf öffentlichen Plätzen abgeladener Leichen an Volk und Regierung richten. Die Zetas sind professionell organisiert und verfügen über ein eigenes Liefer- und Verteilungsnetz. In ihren Operationsgebieten beanspruchen sie eine Art „verbrecherisches Monopol“ (115). In Guatemala, das zum Rückzugsgebiet für mexikanische Drogenkartelle geworden ist, haben sie sich als dominierende kriminelle Organisation durchgesetzt. Auch in Argentinien sollen sie präsent sein. *David C. Martínez-Amador* befasst sich mit der Stellung der Zetas in Guatemala im Kontext der traditionellen Machtkonstellationen und des organisierten Verbrechens, das lange Zeit im Schutz des Sinaloa-Kartells zu operieren schien. In einem beeindruckenden Bericht geht Óscar Martínez im guatemalteckischen Departement Petén der Symbiose von

transnationalen Palmölunternehmen und kriminellen Gruppen nach, die umfangreichen Landbesitz angehäuft haben und hierzu mit Duldung des Militärs ansässige Bauern und Landarbeiter vertreiben.

Zwei Beiträge des Bandes sind dem Drogenkrieg in den Favelas von Rio de Janeiro gewidmet. *Dawid Bartelt* berichtet über die Gewaltökonomie in Rio, über Routen und Territorialisierung des Drogenhandels und die kriminelle Arbeitsteilung, in die viele Jugendliche der *barrios* aktiv einbezogen sind. Das Eindringen von Milizen, die sich aus ehemaligen und aktiven Polizisten, privaten Sicherheitsdiensten und Kriminellen bilden, in den Drogenhandel und die Übernahme der Kontrolle über das Leben in einzelnen Stadtvierteln erzwingen eine Modernisierung des Drogenhandels, der sich nun weniger territorial gebunden zeigt und bewaffnete Auseinandersetzungen zu vermeiden sucht. Der Text von *Stephan Lanz* „Das Gute des Bösen“ macht mit Paulo bekannt, der als „Chef“ in einer Favela im Auftrag seines im Gefängnis einsitzenden *dono* die Drogengeschäfte anführt. Er gehört einer Adventisten-Familie an und möchte ein *bandido bonzinho* sein. Während die *comandos* in der Vergangenheit sich vornehmlich afro-synkretistischen Kulturen wie Candomblé und Umbanda zuordneten und sich von ihnen „Unverwundbarkeit“ erhofften, sind es heute die Pfingstkirchen, die das kriminelle Milieu religiös versorgen. Im abschließenden Beitrag des Buches verfolgen *Regine Schönenberg* und *Annette von Schönfeld* die Routen transnational organisierter Kriminalität und ihrer Handelswaren (Drogen, Waffen, Menschen, Tiere) von Lateinamerika über Afrika nach Europa.

Die 17 Artikel des Bandes stecken ein weites Feld ab, in dessen Zentrum die Eskalation der Gewalt in Mexiko durch die Militarisierung des Drogenkrieges unter Präsident Calderon steht. Sie ermöglichen dem Leser/der Leserin eine Vielzahl von Querbeziehungen herzustellen, die zu vertiefen lohnend wären. Durch Beiträge, die eher systematische Fragen aufwerfen, und solche, die stärker in den gefährdeten Alltag der Beteiligten eindringen, entsteht ein vielschichtiges Bild einer der Kontrolle durch den Staat entglittenen Gewalt in den entgrenzten Räumen des Drogenhandels. Von hier aus bliebe ein weiterer Schritt zu tun, der hinter dem „war of drugs“, in den Mexiko und Zentralamerika hineingezogen werden, den Kampf der Hegemonialmacht und ihrer Vasallen, der um die Aneignung der natürlichen Reichtümer der Region (Mineralien, Wasser, Land, biologische Vielfalt) und die Mobilisierung ihrer menschlichen Potentiale geführt wird, sichtbar werden ließe.

Hanns Wienold

Dambisa Moyo: *Winner Take all. China's Race for Resources and What it Means for Us.* London: Allen Lane 2012, 257 Seiten

Mit ihren kritischen Publikationen zur Wirtschafts- und Entwicklungshilfepraxis des Westens hat es die Autorin, gebürtige Zambierin, in einem Ranking der Zeitschrift *Time* unter die 100 einflussreichsten Persönlichkeiten der Welt geschafft. In ihrem jüngsten Buch versucht sie aufzuzeigen, dass der rasch steigende Ressourcenbedarf Chinas und die bevorstehende globale Rohstoffknappheit

weitreichende, negative Folgen für die gesamte Welt haben werden. Ein drastischer Rückgang des Lebensstandards in der Ersten Welt wegen erheblich angestiegener Preise für landwirtschaftlich nutzbares Land, Trinkwasser, mineralische Rohstoffe sowie Erdgas und Erdöl sei dabei noch das optimistische Szenario. Es könne auch zu Kriegen um die knapper werdenden Ressourcen kommen.

Das Buch ist in zwei inhaltliche Blöcke gegliedert. Im ersten Block gelingt es der Autorin, das anstehende Problem des globalen Ressourcenmangels eindringlich darzulegen: Die Bevölkerung der Erde werde zu bis zum Jahr 2050 auf schätzungsweise zehn Milliarden anwachsen. Gleichzeitig stiegen Wohlstand und damit Konsumansprüche. Hierauf aufbauend liefert Moyo umfangreiche, aber wenig systematisierte Daten, die belegen, dass ein Mangel an landwirtschaftlich nutzbarem Land, Trinkwasser, mineralischen Rohstoffen sowie Erdgas und Erdöl unmittelbar bevorsteht. China spiele hierbei in zweierlei Hinsicht eine herausragende Rolle: Erstens habe sich die Volksrepublik aufgrund ihres Bevölkerungswachstums zu einem wichtigen Rohstoffkonsumenten entwickelt. Zweitens befähige die Verzahnung von politischer Führung und Großunternehmen sie, eine erfolgreiche Strategie zur weltweiten Sicherung essenzieller Rohstoffe zu verfolgen. So schließt China Abkommen mit ressourcenreichen Staaten, beispielsweise um sich den Zugriff auf Kupfer aus der Demokratischen Republik Kongo und Uran aus Kasachstan zu sichern. Im Gegenzug gewährt die Volksrepublik günstige Kredite und baut in den Partnerländern dringend benötigte Infrastruktur.

Moyo schlussfolgert, China sei für die kommende Ressourcenknappheit gerüstet – der Rest der Welt hingegen nicht.

Im zweiten Block des Buches erläutert Moyo teils gut verständlich potenzielle Auswirkungen von Chinas wachsendem Ressourcenbedarf. Sie stellt dar, dass die Volksrepublik zu einen „Monopsonisten“ werden könne: Aufgrund des Umfangs seiner Nachfrage und der Bereitschaft, für strategisch wichtige Ressourcen Preise über Marktniveau zu zahlen, bestimme China Preise jenseits normaler Marktmechanismen. Andere aufstrebende Schwellenländer und vor allem der Westen blieben außen vor, könnten sich nicht mehr ausreichend mit Ressourcen versorgen und dementsprechend ihren Lebensstandard weder ausbauen noch halten.

Leider lesen sich weite Teile des Buches wie eine Zusammenstellung von allgemein Bekanntem zu globalem Ressourcenverbrauch und -knappheit. Dem Anspruch, Chinas Strategien darzustellen, wird das Buch nicht gerecht. In vielen Passagen geht es gar nicht um dieses Land. Selbst wenn ausdrücklich Bezug auf die Volksrepublik genommen wird, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, die Autorin verfüge nicht über chinaspezifisches Detailwissen. Des Weiteren sind viele Thesen argumentativ schwach unterfüttert. Teils verstrickt sich die Autorin in Widersprüche. So verwirft sie nahezu ohne Begründung technologischen Fortschritt als Lösung der Ressourcenknappheit, spricht sich im Schlusskapitel aber für Meerwasserentsalzung als Maßnahme gegen Trinkwassermangel aus. Ihre Behauptung, Ressourcenmangel führe zu Kriegen, widerspricht dem aktuellen Stand

der Friedens- und Konfliktforschung. Besonders verwunderlich ist, dass Moyo in diesem Zusammenhang die Arbeiten von Paul Collier und Anke Hoefler referiert, in denen Ressourcenreichtum – nicht deren Verknappung – als notwendige Bedingung von Rebellionen herausgearbeitet wird. Rohstoffreiche Staaten aufzulisten und als zukünftige Brennpunkte zwischenstaatlicher Kriege um Ressourcen zu benennen, ist alarmistisch und rein spekulativ. Empirische Belege fehlen.

Auch der mehrfach im Buch auftauchenden Debatte um eine „neokoloniale“ Rolle Chinas fehlt es an Tiefe. Moyo vertritt die Position, der Volksrepublik gehe es bei ihren Beziehungen mit rohstoffreichen Entwicklungsländern nur um Handel, nicht um politische Einflussnahme. Chinesische Investitionen beförderten deren Wirtschaft durch den Bau von Krankenhäusern, Schulen und Verkehrswegen. Dass eine Voraussetzung für diese wirtschaftliche Zusammenarbeit der Abbruch diplomatischer Beziehungen mit Taiwan ist, verschweigt die Autorin genauso wie die engen und völlig intransparenten Verbindungen der chinesischen Staatsführung zu ehemaligen Befreiungsbewegungen und jetzigen Regierungsparteien in Sub-Sahara Afrika. Auch hätte erwähnt werden dürfen, dass sich chinesische Infrastruktur mittlerweile den Ruf erarbeitet hat, ihren geringen Preis in genauso geringer Qualität widerzuspiegeln. Darüber hinaus wären Effekte chinesischer Investitionen in Schwellenländern, vor allem deren Deindustrialisierung, eine kritische Untersuchung wert gewesen.

Alles in allem liefert Moyo zu einem sehr bedeutsamen Thema zahlreiche

Denkanstöße. Doch kommt ihr Buch darüber nicht hinaus. Es mangelt ihm an inhaltlicher Tiefe und analytischer Konsistenz, die man in gewissem Ausmaß auch von populärwissenschaftlichen Publikationen erwarten darf.

Sören Scholvin

Silke Helfrich & Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript 2012, 526 Seiten

Die aktuelle Krise des Finanzsystems ebenso wie die durch kapitalistisch geprägtes Produzieren und Wirtschaften bedingte, schon fast nicht mehr nur drohende Umweltkatastrophe unterstreichen: Die Suche nach Alternativen ist nicht allein ein vordringliches Anliegen derer, die anders leben wollen, sondern vor allem eine dringliche Überlebensfrage. In dieser Perspektive taucht unweigerlich ein altes Gespenst wieder auf, auch wenn es, wie dieses Buch zeigt, so nicht mehr benannt werden darf und also auch von denen, die es eigentlich propagieren, den Status des Gespensts eines Gespensts zugewiesen erhält. Es geht um gemeinsames Wirtschaften, das den Zwängen eines anonymen Marktes ebenso enthoben sein soll wie denen eines übermächtigen, alles kontrollierenden Staates. In diesem international und interdisziplinär konzipierten Band, der ausweislich der Überschrift des ersten von fünf Kapiteln einen „Paradigmenwechsel“ propagieren soll und ausweislich der letzten Kapitelüberschrift (einmal mehr) fordert, „Politik neu (zu) denken“, wird diese Perspektive entsprechend dem selbst auferlegten Benennungsverbot als „Commoning“

bezeichnet. In 76 Beiträgen, die vom Erfahrungsbericht und emphatischen Plädoyer bis zur begrifflichen Skizze reichen, wird in allen möglichen Abwandlungen das Modell des *Homo oeconomicus* gezeißelt und das „Duopol“ von Staat und Markt zurückgewiesen. Der größte Ertrag dürfte dabei in den Artikeln liegen, die deutlich machen, dass mit „Commons“ sehr unterschiedliche Sachverhalte bezeichnet werden. Dementsprechend gilt die viel berufene „Tragödie der Allmende“ – wie sich „Commons“ füglich auch übersetzen ließe – allenfalls für bestimmte Bereiche, in denen Kontrollen über Zugang und Nutzungsweisen nicht durchzusetzen sind. Eine ganz andere Frage wäre, ob diesen Problemen – etwa im Hinblick auf Luft und Wasser – mit dem Allheilmittel der Privatisierung beizukommen wäre. Insofern sind einige der Beiträge durchaus erhellend und regen zum Weiterdenken an, ohne dass freilich die Logik der Grenzziehung – dass die damit vollzogene Inklusion Exklusion unweigerlich nach sich zieht – irgendwo systematisch reflektiert würde. Damit erscheint auch die Klage über „Einhegungen“ einerseits in den benannten Fällen berechtigt, zum andern aber letztlich ahistorisch und abstrakt. Ungeachtet einiger spannender Hinweise und Modelle drängt sich daher ein zentraler Einwand auf, der viel mit dem doppelten Gespenst und dem Benennungsverbot zu tun hat. Die naheliegende Übersetzung von „Commoning“ ins Deutsche ist schließlich *Kommunismus*.

Nun erfährt man u.a. in dem relevanten Manifest von 1848, in dem das Gespenst geschichtsmächtig zitiert wird, einiges darüber, dass es bei „Kommunismus“ nicht nur genau um

die Überwindung des Leidens an Markt und Staat gehen sollte, sondern auch, dass es „Kommunismus“ als Programm und Bewegung und auch „Kommunen“ als konkrete Experimente seit langer Zeit in sehr unterschiedlichen Ausprägungen gegeben hat. Die Erfahrungen sind insgesamt nicht sehr ermutigend, aber lehrreich; sie mahnen vor allem zur Umsicht. Das wesentliche Problem mit dem in diesem groß inszenierten Band praktizierten Benennungsverbot besteht daher nicht in mangelnder Gelehrsamkeit, sondern in dem ernststen Versäumnis, sich des eigenen Erbes, der historischen Erfahrung und auch des Schatzes einer Theoriebildung zu vergewissern, zu der etwa Petr Kropotkins hier sehr relevantes Buch von der *Gegenseitige(n) Hilfe in der Tier- und Menschenwelt* ebenso gehört wie die epische Auseinandersetzung darüber, wie denn Markt und Staat auf *gesellschaftlicher* Ebene – über lokal begrenzte, meist auch ephemere – „Kommunen“ hinaus zu überwinden seien. Wer dabei keinen Gedanken darauf verschwendet, dass der radikale Versuch zur Ausschaltung des Marktes unter Zuhilfenahme eines „verschwindend“ gedachten, letztlich jedoch sehr hartnäckig präsenten Staates in der verallgemeinerten industriellen Despotie endete, denkt und handelt schlicht fahrlässig. Das Sich-Berufen auf „Commons“ wird dann allzu leicht zum romantisierenden Gerede. Ungeachtet einer Reihe durchaus nützlicher Beiträge ist der vorliegende Band dieser Gefahr leider nicht wirklich entgangen.

Reinhart Kößler

Hanna Hacker: *Queer entwickeln. Feministische und postkoloniale Analysen*. Wien: Mandelbaum 2012, 270 Seiten

In eingeweihten Kreisen scheint die Autorin einen gewissen Kultstatus zu genießen – dies zumindest legt die Antwort einer Wiener Studentin auf die uninformierte Frage nahe, wer das denn sei („Hanna Hacker ist Gott!“). Nach der Lektüre des vorliegenden Buches hält sich beim Rezensenten der Drang zum Altarbau in Grenzen, aber stellenweise lässt sich die Begeisterung zumindest ansatzweise nachvollziehen.

Der Band enthält zehn Aufsätze, von denen der größte Teil in den letzten Jahren verstreut erschienen ist: einen einleitenden sowie jeweils drei unter den Überschriften „Kontakt“, „Begehren“ und „Historiografie und Utopie“. Eine *queer*-feministische und postkoloniale Perspektive stellt den roten Faden der Beiträge dar, die sich mit höchst heterogenen Themen befassen: von ITC-Projekten (*ICT – Information and Communication Technologies*) im Globalen Süden und EntwicklungshelferInnenmemoiren über eine Autoethnografie der Autorin und sexuelle Subjektivitäten im transkulturellen Raum bis hin zur eurozentrischen Geschichtsschreibung von Frauenbewegungen und einer China-Reise der „Tel Quel“-AutorInnen in den 1970ern. Die mehr kultur- als sozialwissenschaftlichen Beiträge sind dabei überwiegend interessant zu lesen, durchweg theoretisch reflektiert und verdeutlichen die Anwendungsmöglichkeiten von intersektionalen Analysen.

Hackers einleitende Bemerkungen über „Entwicklung“ zeigen sie als eine Sympathisantin des Post-Development.

„Entwicklungshandeln“ definiert sie als „einen Eingriff in einen gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenhang..., der zuvor als ‘fremd’ definiert wurde; mehr noch: ‘Entwicklung’ fungiert als ein privilegiertes Paradigma für Prozesse des Eingreifens in Fremde/s.“ (10) Anhand der Dokumentation eines ICT-Projekts einer österreichischen NGO lotet Hacker die Parallelen zwischen „first contact“ (Weiße treffen auf AfrikanerInnen) und „first plug-in“ (AfrikanerInnen benutzen zum ersten Mal einen PC) aus. Dass die Computerneulinge erst verschiedene Trockenübungen mit ihren Händen machen müssen, bevor sie auch nur die Maus bedienen dürfen, erklärt die Autorin mit dem konstruierten Zusammenhang von rassifizierten Schwarzen Körpern und Ungeschicklichkeit bzw. Technikferne. Stellvertretend für viele Projekte illustriert sie, wie „fundamental ungleich die Machtverhältnisse bl[ei]ben zwischen denen, die Technik und Medium überbringen, und denen, die dies sich anzueignen versuchen“ (39).

Unter dem Titel „White Men’s Bedtime Stories“ analysiert Hacker „Ökonomie, Geschlecht und Whiteness in der Development-Kontaktliteratur“, d.h. in autobiografischen Darstellungen von Feldaufenthalten im EZ-Kontext, in didaktischen Fallstudien aus Lehrbüchern sowie in einschlägigen Romanen. Hinsichtlich der Feldberichte untermauert sie dabei die These von Andrew Killick, wonach diese Texte „strukturell eine Weiße, männliche und heterosexuelle Selbst-Positionierung des erzählenden Subjekts“ erfordern (46). Diese Position macht z.B. auch die Irritation verständlich, die im Bericht eines EZ-*Consultants* eine blonde und helläugige Projekt-Zielgruppe verursacht. Hackers

Behandlung von Fallstudien aus der gendersensiblen EZ-Lehre verdeutlicht, dass diese erstens nur im Rahmen von „schematischen Interpretationsgebieten“ (53), die auf eine bessere EZ abzielen und jegliche Perspektivierung und Hinterfragung ausschließen, Sinn ergeben. Zweitens verortet sie die Praktik, anderen zu vermitteln, „dass und wie Geschichten von ordentlichen, fleißig arbeitenden, verlässlichen, endlich anerkannten Frauen als Geschichten vom Erfolg eines Entwicklungsprojekts gelesen werden müssen“ als tendenziell „weiß“ (54). Andererseits erscheinen so in gewisser Weise „die Frauen“ als „ein Garant dafür, dass die Zeiten der Repräsentation Nicht-Weißer als ‘faul’ vorüber sind“ (ebd.). Die Diskussion zweier Romane von Henning Mankell und Nuruddin Farah schließlich verdeutlicht die Möglichkeiten, wie koloniale Topoi reproduziert, variiert oder auch z.T. durchbrochen werden können.

Wenn Hacker in den nächsten Texten die Memoiren von EntwicklungshelferInnen auf ihre Darstellung von Körperlichkeit untersucht, ihre Erfahrungen als *queer*-lesbische Professorin an der Uni Wien und ihre diesbezüglichen Tortengewaltfantasien schildert, Interviews und Texte über die Neuformierung sexuellen Begehrens in transnationalen Kontexten analysiert, dann entspricht dies oft nicht der immer noch gängigen wissenschaftlichen Praxis, aus einer ortlosen, subjektlosen Perspektive valide, hypothesenartige und verallgemeinerbare Erkenntnisse über die Realität zu generieren. Im Gegenteil entlarvt sie in ihren Untersuchungen stets die „Unmarkiertheit als Ausdruck zentraler Positionierung“ (232) und praktiziert eine andere Art von Wissenschaft:

ethnografisch und reflexiv, suchend und fragend, bisweilen auch ohne eindeutige Ergebnisse außer neu aufgeworfenen Fragen – aber stets sensibel für die „geopolitische Markierung aller Theorien und Praxen“ (16).

Aram Ziai

Gunes, Cengiz: *The Kurdish National Movement in Turkey – From Protest to Resistance*. London & New York, NY: Routledge 2012, 237 Seiten

Die kurdische Frage im Allgemeinen und der seit 30 Jahren andauernde militärische Konflikt mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) im Besonderen sind ein zentrales Politikum in der Türkei, dessen Erforschung in zunehmendem Maße Gegenstand wissenschaftlicher Arbeiten wird. Dem Autor des vorliegenden Bandes zufolge konstruieren die vorhandenen Darstellungen des Konflikts jedoch meist einen überhistorischen Antagonismus zwischen prä-existenten türkischen und kurdischen Ethnien oder sie betrachten die verschiedenen Facetten der Gewaltfrage. Die Stationen, die zur Konstitution einer kurdischen Bewegung führten, würden dagegen ebensowenig thematisiert wie die Wandlung der Bewegung von einer sozialistisch orientierten über eine anti-koloniale, separatistische Befreiungsbewegung hin zu einer radikal-demokratischen Bewegung. Cengiz Gunes möchte zur Bearbeitung dieser Forschungslücke beitragen, indem er die Eigensicht kurdischer Intellektueller und Organisationen auf den Konflikt sowie die Entwicklung ihrer Themen und Forderungen ab den 1960er Jahren aus Primärquellen rekonstruiert.

Für eine Einschätzung der Bewegung, ihrer Mobilisierungserfolge, Strategiewechsel und politischen Ziele wählt Gunes in Anlehnung an Chantal Mouffe und Ernesto Laclau diskursanalytische Begriffe. Dies ermöglicht ihm, einen relationalen Ansatz zu entfalten, mit dem er die Entwicklung der Bewegung in Auseinandersetzung mit dem türkischen Nationalismus und sozialistischen Akteuren sowie vor dem Hintergrund von politisch-militärischen Gegenmaßnahmen des türkischen Staates und internationalen Konstellationen analysieren kann. Er legt ausführlich dar, mit welchen diskursiven Mitteln führende kurdische Intellektuelle und Parteien eine „inaktive ethnische Identität in eine dynamische politische Identität“ (5) transformiert haben. Er fragt, „wie und warum die Forderungen der kurdischen Arbeiterklasse und Bauern synonym mit kurdischen nationalen Forderungen wurden“ (33) und nicht etwa in konkurrierenden Projekten – Assimilation, Sozialismus, Islamismus – aufgingen.

Während bis in die 1980er Jahre noch mehrere kurdische Akteure unterschiedliche Befreiungsperspektiven formulierten, zeichnet Gunes nach, dass seitdem die PKK dominiert, maßgeblich deshalb, weil sie als einzige Organisation den Militärputsch von 1980 überstand. Die pragmatische Politik der PKK und der mit ihr verbundenen, nach jedem Verbot neu gegründeten legalen, kurdischen Parteien ermöglichte es, auf veränderte internationale Konstellationen flexibel zu reagieren und gleichzeitig die Konstruktion einer kurdischen Nation über die Verstetigung eines nationalen Narratives, assoziierter Symbole und Rituale zu festigen. Die Aufrechterhaltung des Widerstands trotz extremer

Repression ließen das Ansehen der PKK in der unterdrückten kurdischen Bevölkerung steigen. Gunes zeigt auf, wie umfassend das von der PKK aufgebaute transnationale Netzwerk ist, das wesentliche Elemente eines kurdischen Nationalstaats im Werden beinhaltet. Dennoch bestimme heute, insbesondere angesichts der militärischen Übermacht des türkischen Staates, die Einsicht in die Unmöglichkeit eines unabhängigen kurdischen Staates die Politik der PKK, so dass das gegenwärtige Ziel sich in ein auf politische Versöhnung der Kriegsparteien zielendes, radikal-demokratisches Projekt innerhalb der Türkei verwandelt habe. Aus dessen Untersuchung möchte Gunes „normative und kritische Bezüge für demokratische Theorie im Allgemeinen und radikale Demokratie im Besonderen“ (5) extrahieren.

Allerdings führt der Autor diese Diskussion hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt von Mobilisierungserfolgen und Wahlkampfstrategien. Eine über die bündnisstrategische Ebene hinausgehende Ausarbeitung demokratietheoretischer Bezüge leistet er kaum. So betont er zwar, dass die Bewegung „Forderungen nach ökonomischer, politischer und geschlechtlicher Gleichheit“ (36) zu einer breiten, kurdisch-nationale Ansprüche übersteigenden politischen Allianz zu vereinen versuche. Es fällt jedoch auf, dass er der Frage, wie ökonomische Gleichheit in der angestrebten, demokratisch-pluralen Gesellschaft organisiert werden soll, im kurdischen Diskurs nicht nachspürt, während er die Betrachtung von politischer Gleichheit vorwiegend auf die Anerkennung ethnisch-basierter Rechte begrenzt. Von der angekündigten Diskussion eines auf umfassende Gleichheit zielenden,

radikal-demokratischen Projektes wäre zu erwarten, dass sie den kurdischen Diskurs entlang der aufgestellten Forderungen stärker befragt und eventuelle Leerstellen und Widersprüche kenntlich macht.

Nichtdestotrotz liefert Gunes eine detaillierte Rekonstruktion der Sicht kurdischer Intellektueller und Organisationen auf den Konflikt, die eine Basis für weiterführende Forschung darstellt. Im Schlusskapitel geht er einen Schritt über die Analyse des kurdischen Diskurses hinaus und formuliert Lösungswege für die Beilegung des Konflikts und eine Demokratisierung in der Türkei. Danach stellen die Assimilationsversuche und die Leugnung der kurdischen Identität durch den türkischen Nationalismus das hauptsächliche Hindernis auf diesem Weg dar. Dem widerspricht indessen seine Andeutung, dass die Existenz der kurdischen Ethnie inzwischen staatlich anerkannt wird, jedoch lediglich als kulturelle Identität und nicht als „separate nationale Gemeinschaft“ (181), ausgestattet mit kollektiven politischen Rechten. Eine Diskussion dieses offensichtlich neueren Streits zwischen der staatlichen Anerkennungspolitik einerseits und der kurdischen Forderung nach einem eigenständigen politischen Status andererseits und der Frage, was er für das derzeitige Stadium des Konflikts bedeutet, bleibt jedoch aus. Ebenso unklar bleibt, in welchem Verhältnis das von der kurdischen Bewegung angestrebte, auf die gesamte Türkei bezogene radikal-demokratische Projekt und die gleichzeitige Forderung nach Anerkennung der kurdischen Ethnie als separate nationale Gemeinschaft stehen. Zu fragen bleibt insgesamt, ob die ausschließliche Rekonstruktion der

Perspektive kurdischer Akteure eine hinreichende Grundlage für die Formulierung von Lösungen darstellt und für eine profunde Einschätzung des Konflikts, der Positionen der verschiedenen Konfliktparteien und der von ihnen verfolgten Ziele ausreicht.

Errol Babacan

Elspeth Guild & Sandra Mantu (Hg.): *Constructing and Imagining Labour Migration. Perspectives of Control from Five Continents*. Farnham & Burlington: Ashgate 2011, 311 Seiten

Dass die Kontrolle von Migrationsbewegungen viel mit nationalstaatlicher Imagination von Kontrollfähigkeit und weniger mit der realen Effektivität zu tun hat, ist der Ausgangspunkt des vorliegenden Bandes. Damit schließen die Herausgeberinnen an die kritische Grenzregime- und Migrationsforschung an, die spätestens seit den viel diskutierten Studien von Wayne A. Cornelius, Philip L. Martin und James F. Hollifield (*Controlling Immigration. A Global Perspective*. Stanford, CA 1994, Neuauflage 2004) das Scheitern sowie die nicht immer intendierten Folgen nationalstaatlicher Grenzkontrolle und Einwanderungssteuerung im Blick hat. Sie organisieren die 13 Fallstudien anhand eines zunächst überzeugenden, aber im Verlauf der Lektüre nicht immer nachvollziehbaren Rasters gemäß der proklamierten Kontrollintensität: Im ersten Teil versammeln sie Analysen von Grenz- und Arbeitsmigrationsregimen mit schwach ausgeprägter Kontrolle zu Südafrika/Lesotho, Brasilien/Bolivien, Malaysia, Taiwan und Zimbabwe/Südafrika. Der zweite Teil hingegen befasst sich mit

Regimen mit einem stark ausgeprägten Kontrollanspruch zu Kanada, der Europäischen Union, Australien und Japan. Der dritte Teil diskutiert Fälle „ambivalenter Kontrollansprüche“, insbesondere im Hinblick auf regionale Blockbildung; diese Fälle zeichnen sich sowohl durch Freizügigkeit als auch durch Mobilitätskontrolle aus. Analysiert werden in zwei Beiträgen die Europäische Union und ihre Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie die Frage der Unionsbürgerschaft, die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA und Migrationskontrolle in zentralasiatischen Staaten. Den Band beschließt *Didier Bigo* – ein Pionier der an Michel Foucault anschließenden kritischen Sicherheitsforschung – mit Reflexionen zu Migrationskontrolle und Freizügigkeit in Europa (13. Kapitel). Er zeigt die Implikationen einer immer stärkeren und an anderen Regionen (USA, Australien) orientierten Versicherheitlichung der Politik in der Europäischen Union auf und kritisiert sie, denn sie stehe dem eher inklusiven und offenen Rahmen der europäischen Integration entgegen (304).

Am reichhaltigsten sind die Beiträge im ersten Teil. Sie führen auch theoretisch am weitesten, denn an ihnen wird deutlich, dass jenseits des Erwarteten – schwach ausgeprägte Grenz- und Migrationskontrollen führen zu wenig regulierten Situationen – die Effekte in der Realität komplexer sind und sich gar nicht so sehr von den Staaten und Regimen mit einem höheren Kontrollanspruch unterscheiden. Die Wirkmächtigkeit von Imagination und die Bedeutung von Alltagspraxen sind hier Schlüssel zum Verständnis und zeigen, warum ethnographische Herangehensweisen, die Grenze und Staat nicht als fest umrissene Einheiten auffassen,

andere und widersprüchlichere Ergebnisse zeitigen als eher klassische und auf den Nationalstaat als Hauptakteur konzentrierte Analysen, wie sie in den Internationalen Beziehungen und in der Sicherheitsforschung noch weit verbreitet sind. Ein illustratives Beispiel ist der Beitrag von *Laura Griffin* zur Arbeitsmigration von Haushaltsarbeiterinnen aus Lesotho nach Südafrika (1. Kapitel). Frauen aus Lesotho überqueren dokumentiert die Grenze nach Südafrika, zumeist als Besucherinnen, nehmen dann aber undokumentiert eine Arbeit in einem Privathaushalt auf, in dem sie meist auch leben. Diese Praxis ist weit verbreitet und kein Geheimnis. Allerdings gibt es keine Zahlen zu semi- oder undokumentierter Migration, und wegen des Mangels an Statistik existiert sie offiziell auch nicht (32). Zwar könnten die Frauen aufgrund der geringen Anzahl an Kontrolleuren die Grenze einfach auch gänzlich undokumentiert übertreten, sie ziehen die Mühen der Dokumentation aber vor, um in Südafrika bei Kontrollen den Status der Besucherin nachweisen zu können (24). Laut südafrikanischer Arbeitsgesetzgebung gelten zentrale Rechte unabhängig vom Aufenthaltsstatus, umfassen also auch die Haushaltsarbeiterinnen aus Lesotho. Die Migrantinnen selber begreifen sich jedoch als „illegal“ (29). Die trotz Dokumentation und sie einschließende Arbeitsrechte tief sitzende und inkorporierte Imagination der vollständigen Illegalität zeigt stark disziplinierende Effekte. So verlassen die Haushaltsarbeiterinnen kaum ihren Arbeitsplatz, akzeptieren im Vergleich zu Südafrikanerinnen niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen. Griffin begreift Grenze daher als einen

die konkrete Staatsgrenze überspannenden Apparat (25), der eingebettet ist in ein Set sozialer Praktiken (19). Diese umfassen den konkreten Grenzübertritt und die damit verbundenen Unannehmlichkeiten ebenso wie den südafrikanischen Arbeitsmarkt und die von Abhängigkeit geprägten Arbeitsbedingungen der Haushaltsarbeiterinnen. Dieser Apparat trägt somit zur Herstellung der Subjektivität als „Illegale“ zentral bei.

Eine ähnliche Problematik bearbeitet *Carolina Moulin Aguiar* (2. Kapitel), in dem es um den Grenzraum Bolivien/Brasilien geht. Um die Praxis der unautorisierten Grenzübertritte zwischen beiden Ländern in regulärere Bahnen zu lenken, wurde zwischen beiden Staaten 2004 der Status des/der GrenzgängerIn mit weitgehenden sozialen und ökonomischen Rechten ausgehandelt. Dennoch sieht die Praxis auf Mikroebene deutlich anders aus. BolivianerInnen in der Grenzregion werden weiterhin diskriminiert, fühlen sich illegalisiert und rechtlos. Die vorherige, ausschließende Praxis lebt also trotz neuer inkludierender Regulierungen weiter fort. Es wird deutlich, dass es bei Grenz- und Migrationskontrollen nicht allein auf Weisungen der Zentralregierung und staatliche Abkommen, sondern auch auf die Praxis der lokalen staatlichen und nichtstaatlichen Akteure ankommt (41). Die Imagination der Grenze als einer fixen Linie zwischen zwei Nationalstaaten erweist sich in diesem Fall als beharrlicher als die Einführung des transnationalen Grenzraums und eines damit verbundenen transnationalen Rechtssubjektes (45, 50f).

Blanca Garcés-Mascreñas verdeutlicht am Beispiel von Malaysia die Macht von Interessengruppen bei der Gestaltung von Arbeitsmigrationspolitiken,

in diesem Fall die von Arbeitgebern. Malaysias Regierungen versuchten mehrmals, unterstützt durch Gewerkschaften, die Zugangsvoraussetzungen zum Arbeitsmarkt für MigrantInnen restriktiver zu gestalten, beispielsweise durch ein Einreisverbot für bestimmte Kategorien von MigrantInnen (67). Allerdings wurden diese Verbote und Einschränkungen jeweils kurze Zeit später auf Druck der ArbeitgeberInnen, die argumentierten, durch die Beschränkungen sei Malaysias Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, wieder aufgehoben (68). Ein in Bezug auf die Verhandlungsmacht eines Entsendestaates in Verbindung mit der Macht von Oberschicht Haushalten als ArbeitgeberInnen aussagekräftiges Beispiel stellen die Philippinen dar. Ihre Regierung forderte die Erhöhung der Löhne der als Haushaltsarbeiterinnen im Ausland tätigen Filipinas, woraufhin die malaysische Regierung ein Einreise- und Arbeitsverbot verhängte. Allerdings protestierten die ökonomisch besser gestellten malaysischen Haushalte und pochten auf ihr „Recht“, weiterhin Filipinas, die oft als „Mercedes-Benz der Haushaltsarbeiterinnen“ bezeichnet werden, beschäftigen und gemäß den Forderungen des philippinischen Staates bezahlen zu dürfen. Für Garcés-Mascreñas ist dies nicht nur ein Beispiel der Macht von ArbeitgeberInnen in der Arbeitsmigrationspolitik, sondern auch für eine angestrebte (und nicht immer erfolgreiche) auf ethnische Stratifizierung ausgerichtete Politik. In einem anderen Fall wollte die malaysische Regierung verhindern, dass eine Nationalität – indonesische MigrantInnen – zu stark wurden und führten eine „Hire Indonesians Last“-Politik ein (69). Aber auch diese Politik scheiterte,

weil die Nachfrage nach gering entlohnten indonesischen ArbeiterInnen strukturell zu groß war. In beiden Fällen setzten sich also ArbeitgeberInnen mit ihren Interessen durch – „kurzum, der Markt hat immer bestimmt“ (83).

Die Auswahl der hier besprochenen Beiträge verdeutlicht, dass es für nationalstaatliche Souveränitätsansprüche von zentraler Bedeutung ist, die Imagination der Kontrolle über den Zugang zum Territorium aufrechtzuerhalten. Allerdings sind diese Ansprüche konfrontiert mit althergebrachten Praktiken von staatlichen Kontrollorganen, MigrantInnen und anderen Akteuren sowie mit dem Einfluss mächtiger Interessengruppen.

Die Unterscheidung der Herausgeberinnen zwischen Staaten mit schwachen, ambivalenten und starken Kontrollansprüchen ist einerseits plausibel, andererseits zeigen die Studien, dass im Grunde genommen alle Regime zur Kontrolle der Grenze und der Arbeitsmigration der ambivalenten Kategorie zugeordnet werden müssten. Denn selbst die Staaten mit als schwach gekennzeichneten Kontrollansprüchen, wie beispielsweise Südafrika oder Malaysia, verfolgen explizit eine Politik der Kontrolle. An ihren Ansprüchen indes scheitern alle Staaten unabhängig davon, wie restriktiv sie ihr Kontrollregime gestalten.

In editorischer Hinsicht ist die Struktur der Beiträge zuweilen etwas unübersichtlich, da die meisten mit sehr unterschiedlich langen Zusammenfassungen beginnen. Über den Band sind vier Artikel zur Europäischen Union verteilt. Deren jeweiliger Beitrag für das Buch erschließt sich nicht auf den ersten Blick. Hier wäre eine stärkere konzeptionelle Begründung und Einordnung

hilfreich gewesen. Insgesamt ist der Band jedoch eine wichtige und gelungene Zusammenschau von widersprüchlichen Grenz- und Migrationskontrollpraktiken. Die AutorInnen arbeiten klar heraus, dass Grenzen nicht nur von Staaten gezogen, sondern von einer Vielzahl von AkteurInnen tagtäglich „gemacht“ werden.

Helen Schwenken

Zülfukar Çetin: *Homophobie und Islamophobie. Intersektionale Diskriminierungen am Beispiel binationaler schwuler Paare in Berlin.* Bielefeld: Transcript 2012, 421 Seiten

Der Verfasser analysiert in seiner nun in Buchform vorliegenden soziologischen Dissertation die Lebensumstände binationaler schwuler Paare in Berlin, in denen jeweils ein Partner einen von der Mehrheitsgesellschaft vermuteten muslimischen kulturellen Hintergrund hat. Als Grundlage dieser qualitativen Studie dienen autobiographische narrative Tiefeninterviews mit sechs Männern, die Zülfukar Çetin teilweise auf Türkisch geführt hat. Den theoretischen Rahmen und Bezugspunkt für die Analyse des Datenmaterials bilden wissenschaftliche Konzepte von Rassismus, Islamophobie und Homophobie sowie deren real erlebte alltägliche Ausprägungen. Die Interviews beinhalten Erzählungen über die Kindheit der Befragten, ihr *Coming Out*, unterschiedliche – oft negative – Reaktionen des sozialen Umfelds darauf, sowie rechtliche und bürokratische Hürden in Deutschland und in der Türkei. Die Streuung der Interviewpartner ermöglicht interessante Vergleiche: Zwei der Männer kamen als Migranten nach Deutschland, zwei stammen aus

binationalen Ehen und sind in Deutschland aufgewachsen, zwei gehören der „weißen“ Mehrheitsgesellschaft an.

Mit seiner theoretischen Einführung zur Analyse dieser Biographien legt der Autor gut lesbare und umfassende Zusammenfassungen des wissenschaftlichen Diskussionsstandes im Bereich Rassismus (Kapitel 2.2., inklusive kulturalistischer Rassismus und Elitenrassismus), Islamophobie als zentralem Aspekt eines kulturalistischen Rassismus (Kapitel 2.3.) sowie Homophobie (Kapitel 2.4.) vor. Ferner referiert er die Entwicklung unterschiedlicher Ansätze zur Beschreibung der Diskriminierung aufgrund mehrerer Identifikationsmerkmale inklusive des Konzepts der intersektionellen Diskriminierung. Zwar betrachtet er die Begriffe Islamophobie und Homophobie wegen ihrer Ausblendung sozialer Macht- und Ausgrenzungsmechanismen sowie ihrer Nähe zur Pathologisierung von struktureller Gewalt als individueller „Phobie“ kritisch, dennoch entscheidet er sich für ihre Verwendung.

Çetin erläutert in einem eigenen Exkurs das Verhältnis zwischen Islam und Homosexualität (2.4.3.) und weist dabei auch auf Interpretationen des Islams und auf Übersetzungen des Korans, die Homosexualität nicht diskriminieren. Er ruft dabei in Erinnerung, dass es gerade die Kolonialmächte waren, die ihre Herrschaft unter anderem auch legitimierten, indem sie durch Missionare und strenge Strafgesetze das Geschlechtsleben der Beherrschten kontrollierten. Insbesondere Muslimen wurde dabei ein besonderer Hang zu ausschweifender Homosexualität zugesprochen bzw. diese sogar als „türkische Sünde“ bezeichnet (75). Mit dem Ende der Kolonialreiche kehren sich diese Bilder um: Migranten

mit – angenommener, nicht hinterfragter – muslimischer Identität wird besondere Homophobie unterstellt. Eine Erläuterung der Geschichte der homosexuellen Bewegung in Deutschland (Kapitel 3) schließt die Hinführung zur Interpretation des Interviewmaterials ab.

Die Lebensgeschichten der sechs Männer zeigen, dass die deutsche Mehrheitsgesellschaft der Homosexualität keineswegs durchgehend offen gegenübersteht. Auch deutsche Schwule sind mit Diskriminierung konfrontiert, auch sie flüchten häufig aus ländlichen Regionen in die Großstädte, um dort zumindest teilweise offen schwul leben zu können. Homosexuelle mit Migrationshintergrund sind zusätzlich beständig mit rassistischer und islamophober Diskriminierung konfrontiert. Diese besteht einerseits in aufenthaltsrechtlichen Beschränkungen, andererseits auch in schlechteren Chancen am Arbeitsmarkt. Beides kann zu einem Ungleichgewicht in der Beziehung führen und innerhalb schwuler Beziehungen teilweise bestehende Diskriminierungen und strukturelle rassistische Machtverhältnisse zwischen den Partnern verstärken. Auch die in Deutschland geborenen, aus binationalen Ehen stammenden Männer leiden unter rassistischer Diskriminierung: Sie werden von der Mehrheitsgesellschaft als Migranten bzw. Ausländer und unabhängig von ihrem tatsächlichen Glauben als Muslime wahrgenommen.

Bereits durch die Auswahl seiner Interviewpartner hebt der Autor die geläufige rassistische Gegenüberstellung zwischen angeblich per se homophoben MuslimInnen und von ihnen angeblich bedrohten Homosexuellen der Mehrheitsgesellschaft auf. Die dokumentierten, sich wiederholenden

Erfahrungen von Rassismus und Islamophobie verweisen einmal mehr darauf, dass sich jene auch in der weißen Schwulenszene verbreiteten Diskurse, die Entethnisierung oder Integration als Anspruch an MigrantInnen formulieren, an die falschen AdressatInnen wenden: Die Tatsache, dass „Deutschsein“ am Phänotypus abgelesen und als nicht muslimisch definiert wird, zeigt eine fehlende Integrationsfähigkeit der Mehrheitsgesellschaft, nicht der MigrantInnen¹.

Die Ergebnisse der hier besprochenen Studie kratzen am Selbstbild der europäischen, sich aufgeklärt gebenden Gesellschaft: Homophobie, Rassismus

und Islamophobie sind durchgängige und strukturelle Merkmale einer Mehrheitsgesellschaft, die von sich selbst meint, toleranter als andere Bevölkerungsgruppen zu sein (357), und damit hegemoniale Machtverhältnisse aufrechterhält. Das Buch setzt mit seiner beeindruckenden Analyse von Mehrfachdiskriminierungen wichtige Maßstäbe für zukünftige antirassistische *queer studies* in Deutschland.

Eva Kalny

Anmerkung:

- ¹ vgl. dazu ausführlich: Yılmaz-Günay, Koray (Hg.) (2011): *Karriere eines konstruierten Gegensatzes: zehn Jahre „Muslime versus Schwule“*. *Sexualpolitiken seit dem 11. September 2001*. Berlin.

Eingegangene Bücher

- Basler Afrika Bibliographien: *2012 Jahresbericht – 2012 Annual Report*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2013, 65 S. ISSN: 1424-2931
- Bebbington, Anthony (Hg.): *Social Conflict, Economic Development and Extractive Industry. Evidence from South America*. Abingdon: Routledge 2011 (= ISS Studies in Rural Livelihoods), 258 S. ISBN: 9780415620710
- Belina, Bernd: *Raum*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2013 (= Einstiege, Bd. 20), 172 S. ISBN: 9783896916822
- Bierschenk, Thomas, & Eva Spies (Hg.): *50 Jahre Unabhängigkeit in Afrika. Kontinuitäten, Brüche, Perspektiven*. Köln: Köppe 2012, 572 S. ISBN: 9783896458292
- Bruff, Ian; Matthias Ebenau; Christian May & Andreas Nölke (Hg.): *Vergleichende Kapitalismusforschung: Stand, Perspektiven, Kritik*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2013, 290 S. ISBN: 9783896919281
- Connell, Raewyn: *Gender*. Wiesbaden: Springer VS 2013, 219 S. ISBN: 9783531194134
- Datta, Asit: *Armutzeugnis. Warum heute mehr Menschen hungern als vor 20 Jahren*. München: DTV 2013, 220 S. ISBN: 9783423249836
- Fichtner, Sarah: *The NGOisation of Education. Case Studies from Benin*. Köln: Köppe 2012, 196 S. ISBN 9783896458310
- Fleig, Elina; Madhuresh Kumar & Jürgen C. Weber (Hg.): *Speak Up! Sozialer Aufbruch und Widerstand in Indien*. Berlin & Hamburg: Assoziation A 2013, ca. 300 S. ISBN: 9783862414239
- Geiger, Margot: *Unkämpftes Territorium. Markt, Staat und soziale Bewegungen in Argentinien*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2010, 294 S. ISBN: 9783896918611
- Göttsche, Dirk: *Remembering Africa. The Rediscovery of Colonialism in Contemporary German Literature*. Rochester, NY: Camden House (Boydell & Brewer) 2013, 485 S. ISBN: 9781571135469
- Haarstad, Håvard (Hg.): *New Political Spaces in Latin American Natural Resource Governance*. New York, NY: Palgrave-Macmillan 2012 (= Studies of the Americas), 278 S. ISBN: 9780230340701
- Hauff, Michael von, & Thuan Nguyen (Hg.): *Nachhaltige Wirtschaftspolitik*. Baden-Baden: Nomos 2013 (= Nachhaltige Entwicklung), 384 S. ISBN: 9783832978419
- Koloma Beck, Teresa: *The Normality of Civil War. Armed Groups and Everyday Life in Angola*. Frankfurt a.M.: Campus 2012 (= Mikropolitik

- der Gewalt, Bd. 7), 162 S.
ISBN: 9783593397566
- Lakitsch, Maximilian: *Unbehagen im modernen Staat. Über die Grundlagen staatlicher Gewalt*. Bielefeld: transcript 2013 (= Edition Moderne Postmoderne), 244 S.
ISBN: 9783837623680
- Porsche-Ludwig, Markus; Wolfgang Gieler & Jürgen Bellers (Hg.): *Handbuch Sozialpolitiken der Welt*. Münster u.a.: LIT 2013 (= Politik: Forschung und Wissenschaft, Bd. 31), 724 S.
ISBN: 9783643109873
- Porsche-Ludwig, Markus; Jürgen Bellers & Wolfgang Gieler (Hg.): *Sozialpolitik in Asien. Ein Handbuch der Staaten Asiens von A-Z*. Münster u.a.: LIT 2013 (= Internationale Politik, Bd. 10), 256 S.
ISBN: 9783643117731
- Porsche-Ludwig, Markus; Wolfgang Gieler & Jürgen Bellers (Hg.): *Sozialpolitik in Entwicklungsländern. Asien, Afrika, Lateinamerika – Ein Handbuch*. Münster u.a.: LIT 2013 (= Politik: Forschung und Wissenschaft, Bd. 35), 432 S.
ISBN: 9783643117724
- Preuß, Sabine: „Ohne Toleranz funktioniert nichts“. *Indisch-deutsche Technische Zusammenarbeit: Berufsbildung, Hochschule, ländlicher Entwicklung (1958-2010). Reportagen, Interviews, Porträts*. Hgg. v. der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel 2013, 192 S.
ISBN: 9783955580063
- Ranger, Terence: *Writing Revolt. An Engagement with African Nationalism 1957-67*. Woodbridge, Suffolk & Rochester, NY: James Currey (Boydell & Brewer), & Harare: Weaver Press 2013, 206 S.
ISBN 9781847010711
- Schmidt, Heike: *Colonialism and Violence in Zimbabwe. A History of Suffering*. Woodbridge, Suffolk & Rochester, NY: James Currey (Boydell & Brewer) 2013, 287 S.
ISBN 9781847010513
- Schöni, Walter; Urs Sekinger; Johannes Gruber; Stephan Tschirren; Rolf Bossart & Tina Bopp (Hg.): *WIDERSPRUCH, Nr. 62: Care, Krise und Geschlecht*. Zürich: WIDERSPRUCH 2013, 219 S.
ISBN: 9783858695420
- Schwindenhammer, Sandra: *Nationale Bedingungen und freiwillige unternehmerische Normbefolgung. Eine Analyse deutscher Unternehmen der G500 in der Global Reporting Initiative*. Baden-Baden: Nomos 2011 (= Nomos Universitätschriften – Politik), 310 S.
ISBN: 9783832968274
- Senft, Gerhard (Hg.): *Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum an Grund und Boden in der Moderne*. Wien: Promedia 2013, 208 S.
ISBN: 9783853713587
- Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. (Hg.): *PROKLA 170: Soziale Kämpfe in Afrika*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2013, 176 S.
ISBN: 9783896913708
- Werthmann, Katja, & Tilo Grätz (Hg.): *Mining Frontiers. Anthropological and Historical Perspectives*. Köln: Köppe 2012 (= Mainzer Beiträge zur Afrikaforschung, Bd. 32), 134 S.
ISBN: 9783896458322
- Wiber, Melanie G. (Hg.): *The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law 65/2012*. Münster: LIT 2012 (= The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law, Bd. 65), 224 S.
ISBN: 9783643998651
- Wiber, Melanie G. (Hg.): *The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law 66/2012*. Münster: LIT 2013 (= The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law, Bd. 66), 128 S.
ISBN: 9783643998569